

Rezensionen

Keller, Lars: Die Alpen im politischen Spiel. Hrsg.: Deutscher und Österreichischer Alpenverein. – München 1999. 224 S., Abb. = Wissenschaftliche Alpenvereinshefte, H. 32

Die Bibliotheken füllende Alpenliteratur wird um eine Darstellung ausgewählter politischer Bezüge erweitert. Ihr Ziel ist sehr hoch gesteckt. Nach Meinung des Autors soll sie „den derzeitigen Kenntnisstand über das den Alpen von außen auferlegte politische Spiel in Vergangenheit, Gegenwart und absehbarer Zukunft für Wissenschaftler und Nicht-Wissenschaftler gleichermaßen ansprechend darstellen“. Begründend wird angeführt, dass es „... in demokratischen Staaten niemals möglich sein (dürfte), dass der überwiegenden Mehrheit ihrer Alpenbewohner ... von der *Alpenkonvention* inhaltlich jegliche Vorstellung fehlt, ja sogar vielfach noch nicht einmal deren Namen zu Ohren gekommen ist ...“.

Die Arbeit besteht aus zwei Teilen:

Teil A: „Die Alpen in Europa“ bemüht sich um einen historisch-politischen Überblick, der „als Quintessenz“ belegen soll, dass „... die historisch-politische Entwicklung den Alpen nicht nur die Last aufbürdet, keine politische Gesamtrepräsentation zu besitzen, sondern insgesamt auch den Aufbau einer einheitlichen Alpenpolitik sehr erschwert“. Ausgewählte „Probleme der Alpen heute“ werden unter nationalstaatlichem Bezug dargestellt, Außensteuerung/Peripherisierung, Randlage der Alpen in den einzelnen Staaten angesprochen. Die Gliederung nach Verwaltungseinheiten, vom Autor als „politische Spaltung ... nach unten“ bezeichnet, wird durch die „Spaltung nach oben“ ergänzt. L. Keller versteht darunter, dass „die Alpen ...quer zu sämtlichen gängigen supranationalen Vereinbarungen“ zu sehen seien.

Die Verkehrsbelastung wird als wichtigstes Alpenproblem genannt, der Eigenverkehr laut CIPRA (1995) mit 70 % angegeben. Die Existenz eines gut ausgebauten Autobahnsystems wäre „ohne die Unterstützung von außen“ in die Alpen nicht möglich, „sie bräuchten ein solches ohne den Verkehrsdruck aus den außeralpinen europäischen Agglomerationen aber auch nicht“. Auf weitere diesbezügliche „politische Spielereien“ im Abschnitt B II 3.3 wird verwiesen. Sodann bemüht sich der Autor, „einen guten Überblick über all die grenzüberschreitenden Strukturen zu bieten, die für die Zukunft der Alpen entscheidend waren, sind oder aller Voraussicht nach noch sein werden“.

Der Hauptteil B „Die Zukunft der Alpen in Europa“ enthält eine breite Darstellung der „Alpenkonvention“, die „Charta der europäischen Berggebiete“, Gedanken zur europäischen Regional- und Strukturpolitik und zur Raumentwicklungspolitik der EU. Der Anhang: „Chronologische Zeittafel Alpen“, „Adressenliste“, Texte der Alpenkonvention und einzelner Protokolle ferner der „Charta der europäischen Berggebiete“ beschließt die Publikation.

Tritt man in eine nähere Betrachtung der Studie ein, dann wird man positiv den Versuch bewerten, die politischen Hintergründe einzelner Alpeninitiativen – als „politisches Spiel“ (auch „Spielereien“) bezeichnet – zu durchleuchten. Stellungnahmen von Politikern und Institutionen wird man finden, auch wenn sie für den Insider vielfach nicht neu sind. Die Texte im Anhang bedeuten dem Leser eine hilfreiche Ergänzung. Häufig auftretende Überschneidungen wirken sich kaum störend aus. Grundzüge der Politik der EU werden im Hinblick auf die dort geringe Rolle der Alpen im Wesentlichen richtig geschildert. Auch die Bestätigung der Einstellung von P. Messerli bezüglich der Belastungsgrenzen kann man voll teilen.

Leider bleiben Stil- und Ausdrucksschwächen („räumliche Entzerrung der Bevölkerung“, „sozioökonomische Zustände“, „prozentuale Fläche der Naturlandschaft ist ...auf nahezu Null heruntergefahren“), unsorgfältige Schreibweise (mehrfach Ratzelt statt Ratzel), wiederholte Überheblichkeiten „die Politiker ...sich nicht bewusst waren ... auf was sie sich eingelassen hatten“ nicht verborgen. Formulierungen wie z. B. „Diese [die Römer] profitieren unbewusst von ihrer geopolitischen Schutzlage hinter den Alpen und entwickeln – quasi versteckt vom restlichen europäischen Kontinent – ihre Hochkultur“ sprechen für sich selbst. Man kann bezweifeln, ob die im Vorwort genannten Zielgruppen dieses Niveau verlangen.

Schon bedenklicher nimmt man zur Kenntnis: „Nicht zuletzt die extreme Härte der Zwischenkriegsjahre führt im Jahre 1938 zum Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland“ oder „Die Schweiz ... kann jedoch ...wegen ihrer Rolle als ‘Sparkasse Nazi-Deutschlands’ nicht als gänzlich kriegsunbeteiligt bezeichnet werden“.

Beträchtliche Wissensdefizite verrät die Betrachtung administrativer Ebenen: „Nachträglich wurde zwischen untere regionale und Gemeindeebene ...eine weitere

Kategorie buchstäblich hineingeklemmt, die Gruppen von Gemeinden meist einer ganzen Talschaft politisch vereinen soll ...“. „Diese Gebiete werden als ... 'IHG-Regionen' (CH)/'Bezirke' (AUS)/'Regionalplanungsregionen' (D) bezeichnet“.

Aspekte inhaltlicher Weichenstellung erkennt man schon im Vorwort, wo ein konstruierter „interessierter Laie“ auf die Frage, was ihm zum Thema dieser Studie einfallt, „Bergwaldsterben“, „Hochwasser“, „Bergbauernsterben“ usw. nennt, alles mit negativer Bewertung besetzte Stichworte. Weder kulturelle Vielfalt noch physisch-geographische Spezifika und schon gar nicht Tourismus(!) werden genannt.

Häufig wird der Leser mit Werturteilen überschüttet, ohne dass eine genauere Begründung zu erfahren ist. Unkritisch empfindet man die sich vielfach wiederholenden Lobreden auf die „Alpenkonvention“. Nicht ein einziges Mal wird versucht, der Frage nachzugehen, inwieweit z. B. die Aussagen ihrer Protokolltexte untereinander verträglich sind, viel zu wenig, wie sie die unterschiedlichen Wertesysteme und Zielkonflikte der Alpenstaaten tangieren. Die offensichtlich nicht bekannte große Leitbilddiskussion der Schweiz der 70er Jahre hätte hier hilfreich sein können. Nirgends wird die besonders aus deutschem Munde hörbare Überbetonung der Schutzfunktion kritisiert, von der Diskussion von Entwicklungsgedanken gar nicht zu reden. Weitgehend unberücksichtigt bleibt die Lebenssituation der Menschen, die Problematik der Städte in den Alpen. Warum, so fragt man sich, liegt z. B. bis heute noch kein Protokoll für Bevölkerung und Kultur vor? D. Wachter's Ruf nach Einbeziehung der sozioökonomischen Entwicklung in den Alpen war nicht überflüssig, konnte doch nur mit Mühe und Not Schweizer Bedenken im Raumordnungsprotokoll Rechnung getragen werden. Mit Sicherheit ersetzt die Alpenkonvention keine nationale Raumordnungspolitik, der Kontext zur Europäischen Raumordnungspolitik bleibt unklar, ihr Verdienst liegt wohl mehr im Hinweis auf alpinspezifische Problemlagen, die einer Lösung bedürfen, wie Lendi kürzlich meinte.

Die „Charta der Bergregionen“ wird trotz breiter internationaler Zustimmung häufig als „Gegner der Alpenkonvention“ angesprochen. Vergeblich wird man auch eine Antwort auf die Frage suchen, was die verschiedenen Alpeninitiativen eigentlich bisher realiter bewirkt haben. Direkt „penetrant“ wirkt die ständige negative Bewertung der Außensteuerung der Alpen, die – seit Jahrzehnten in der Literatur bekannt – neben Abhängigkeiten auch viele Vorteile für den Alpenraum hat. Wovon sollte denn die Alpenbevölkerung leben, wenn es keinen Fremdenverkehr, keine Arbeitsplätze außerhalb der Alpen usw. gäbe. Die Kapitalströme, die in die Alpen fließen, nur negativ zu bewerten, ist grundsätzlich

falsch. Erst kürzlich wies z. B. der Schweizer Altbundesrat Schlumpf auf die Bedeutung der „Patenschaft für Berggemeinden“ hin, die die ca. 1 200 in Alpen und Jura liegenden Schweizer Gemeinden tatkräftig durch Kapitaltransfer in das Alpengebiet unterstützt. Selbst wenn man die Alpen zu einer eigenen Gebietskategorie erheben will, wird man die Vernetzung der Problemlagen, die funktionalen Verflechtungen über den Alpenrand nicht außer Acht lassen dürfen. Auch muss der Aussage heftig widersprochen werden, dass die Alpenkonvention „einen für sich in Europa lebensfähigen Raum“ vereint und dass sie „... eine klare Absage an den EU-Binnenmarkt“ ist.

Zu Recht wird auf die Bedeutung von Abgrenzungen hingewiesen, aber nirgends werden die Gebietsgrenzen nach Ziel, benutzten Indikatoren, Gliederungsverfahren usw. genauer hinterfragt. Kopfschütteln rufen die Bemerkungen zu Ratzel's (1903) Geodeterminismus als „klassische Ökologiepolitik“ und den „Kulturdeterministen“ Hassinger's (1919) hervor. Kein Wort darüber, dass jede Grenzziehung subjektiv ist. Diesbezüglich sind alle sozial-/politisch-geographischen Diskussionen spurlos am Autor vorbeigegangen.

Unerklärt bleiben die „Narben in den Alpen“, die angeblich durch den Eisernen Vorhang hervorgerufen worden seien. Mehrfach erfahren wir, dass Herr Kolo „der Sprecher der Sozialdemokratischen Parteien im Alpenraum“ sei und dass es Gewerkschaften und „Alpensozis“ als Gegengewicht zu den meist konservativen Regierungen gibt, aber worin die Gegenposition gegenüber der Politik des „Mitte-Rechts-Spektrums“ besteht, ist nicht zu erfahren.

Auf weitere Details sei verzichtet, überflüssig auch, auf die Literaturlauswahl näher einzugehen. Weder Publikationen der ARL noch der Tagungsband zur internationalen Alpentagung der IGU 1984 in Paris (eigenes Kapitel über die Politik der Alpenstaaten) finden Berücksichtigung.

Insgesamt bleibt der durchaus positiv zu wertende Versuch, Hintergründe und Einflussnahmen der Politik im und gegenüber dem Alpenraum zu ergründen, trotz mancher themenbezogenen Informationen unbefriedigend. Den guten Wünschen für die Zukunft der Alpen und ihrer Bevölkerung kann man sich allerdings voll anschließen.

Karl Ruppert (München)

Nachhaltige Raumentwicklung: Szenario und Perspektiven für Berlin-Brandenburg. Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. – Hannover 1998. IX, 310 S., Abb., Tab., Lit. = Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 205

Sustainable development (nachhaltige Entwicklung) ist ein *holistisches* und *dynamisches* Leitbild: Es postuliert die integrative (ökonomische, soziale, ökologische), inter-temporale und internationale Sicht der Dinge. Raumentwicklung umfasst ökonomische, soziale und ökologische Aspekte, sollte langfristig angelegt und auf lokale, regionale und internationale Kooperation ausgerichtet sein. Es liegt also nahe, die Frage zu stellen, ob die tatsächliche Raumentwicklung bei uns und anderswo dem Leitbild der Nachhaltigkeit entspricht oder aber zuwiderläuft.

Spätestens seit Erscheinen des Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung „Unsere Gemeinsame Zukunft“ von 1987 hätte man Studien zu dieser Frage erwarten dürfen. Es hat etwas länger gedauert, doch nun liegt, auf Veranlassung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, endlich ein umfangreicher Bericht vor – und er hat einen interessanten Raum im Blick, die Region Berlin und Brandenburg.

Der Bericht wurde von einem Arbeitskreis unter Leitung von Harald Spehl erstellt, dem 15 Mitglieder angehörten, die fast alle (13) als Autoren vertreten sind. Er gliedert sich in drei Teile: Teil I enthält vier Beiträge zu konzeptionellen und methodischen Fragen (S. 4–68). In Teil II sind die wichtigsten Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit dargestellt, einschließlich der Beschreibung zweier Trendszenarien und eines Kontrastszenarios für den Raum Berlin-Brandenburg bis zum Jahr 2030 (S. 69–127). Teil III enthält zehn Einzelbeiträge, die die Schwerpunkte und individuellen Sichtweisen der Mitglieder des Arbeitskreises wiedergeben und einzelne Sektoren bzw. Problembereiche der Raumentwicklung in Berlin-Brandenburg näher beleuchten (S. 128–310).

In einem Vorwort bringt der Präsident der Akademie seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der vorliegende Band wichtige Anregungen zur Verwirklichung einer nachhaltigen Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geben werde und dass die Veröffentlichung eine breite Resonanz finden möge (S. IX). Ich fürchte, dass diese Hoffnung trügt – und möchte dies, der großen Bedeutung des Themas wegen, etwas ausführlicher begründen.

Die räumliche Entwicklung ist bei uns und anderswo weiterhin in hohem Maße material- und energieintensiv. Sie wird von einem kurzfristigen ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkül gesteuert, das die sozialen und

ökologischen Elemente, trotz allseitiger und allzeitiger Beteuerung, negiert oder zumindest weitgehend vernachlässigt. Das dem Konzept der Nachhaltigkeit idealtypisch zu Grunde liegende gleichschenklige Zieldreieck (ökonomisches, soziales, ökologisches Zielelement) ist asymmetrisch, verzerrt, – gelegentlich bis auf den Punkt verkürzte Seiten eines Dreiecks. Diese überall, auch in Berlin-Brandenburg beobachtbare, handgreifliche Asymmetrie, die strukturelle Verletzung des Postulats, hätte Ausgangspunkt der Diskussion des Arbeitskreises sein müssen – die allgemein-philosophischen Beiträge in Teil I der Studie sind dagegen nette Verharmlosungen einer harten, gegenteiligen Realität, Beiträge von Theoretikern, die den Kontakt zur Wirklichkeit weitgehend verloren zu haben scheinen.

Ein Anderes kommt hinzu, was einerseits den öffentlichkeitswirksamen Erfolg der Wuppertal-Studie und andererseits den (von mir) erwarteten Misserfolg der vorliegenden Studie erklären dürfte: Die Ziele der nachhaltigen Raumentwicklung müssten unbedingt konkretisiert, quantifiziert werden. Zum Beispiel: „Wir wollen – auf Grundlage des versammelten wissenschaftlichen Sachverstandes –, dass die Materialströme im Raum Berlin-Brandenburg bis zum Jahr 2030 um X Prozent reduziert, die Energieproduktivität um Y Prozent erhöht wird, die Flächeninanspruchnahme um Z Prozent im Vergleich zum Jahr 1998 zurückgeht, usw.“ Auch über die dazu erforderlichen Instrumente sollten Wissenschaftler, die seit vielen, vielen Jahren über Raumentwicklung arbeiten, etwas aussagen: „Es ist notwendig, eine Bodenwertsteuer einzuführen; es geht um die stufenweise Erhöhung der Mineralölsteuer, der Flächenverbrauch muss rationiert werden, usw.“ Und dann ist da noch die Frage nach den institutionellen Innovationen. Was kann der Markt, was kann die bisher verfasste staatliche Raumplanung nicht schaffen? „Wir plädieren für die Einsetzung einer neuen Raumplanungsadministration, usw.“

Nun ist das Buch nicht ganz so naiv, wie es gerade insinuiert wurde. Die einzelnen Autoren wissen offensichtlich weit mehr darüber, was wichtig wäre, was Priorität haben sollte, als sie ihrem Koordinator (und dem Leser) in ihren Einzelbeiträgen verraten. Diese Kompetenz, dieser kollektive Sachverstand, klingt zumindest in Teil II des Berichts an, der – im Vergleich zu den anderen Teilen – offenbar auf intensiven Diskussionen der Arbeitskreismitglieder basiert und den ich deshalb für das Wichtigste an diesem Band halte (insbesondere die Seiten 84–126).

Die Trendentwicklung im Raum Berlin-Brandenburg ist nicht zukunftsfähig, heißt es da (S. 108). Die Material- und Energieströme nehmen weiter zu, die ökologische Situation verschlechtert sich (S. 109). Da ist von der Wir-

kung möglicher radikaler Veränderungen die Rede, aber auch von der Anpassungsfähigkeit der bestehenden Systeme, deren Ausmaß allerdings nicht näher abgeschätzt wird. Die heutigen Tendenzen zur globalen Wirtschaftsverflechtung müssten schrittweise in Richtung lokaler und regionaler Lösungen verändert werden, u.a.m.

Alles noch ein wenig allgemein formuliert, aber deutlicher ausgesprochen und mit größerem Engagement vorgetragen als die vielen Einzelbeträge, die im Großen und Ganzen sehr akademisch bleiben. Die Autoren entschuldigen sich immerhin für diese ihre Zurückhaltung: „Ein Arbeitskreis ... kann Szenarien für einen Agglomerationsraum nur bis zu einem gewissen Grad inhaltlich füllen ...“ (S. 126). Sie scheinen also zu wissen, dass man bei all dem Wissen, das in diesem Band versammelt ist, konkreter hätte werden müssen. Und vielleicht ahnen sie, was ein umweltbewusster schweizerischer Unternehmer (Claude Fussler) so formuliert hat: „Denkt man nur bis zum nächsten Jahr, muss man nicht radikal sein. Denkt man aber bis zum Jahr 2030, dann wird schnell klar, dass radikale Änderungen notwendig sind.“

Udo E. Simonis (Berlin)

Kanatschnig, Dieter; Weber, Gerlinde: Nachhaltige Raumentwicklung in Österreich. – Wien 1998. 230 S., Abb., Tab., Lit. = Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für nachhaltige Entwicklung, Bd. 4

Der Band von Dieter Kanatschnig und Gerlinde Weber steht einem hohen Anspruch gegenüber, folgt man dem Vorwort des österreichischen Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, Martin Bartenstein, der dort formuliert: „Die vorliegende Studie soll die wesentlichen Grundlagen für eine zukunftsweisende integrierte Umwelt- und Raumordnungspolitik liefern und als Anleitung für die Planungspraxis dienen.“ (S.3)

Die Autor(inn)en nähern sich diesem Auftrag, indem sie nach ihrer Einleitung zunächst äußerst kurz die Probleme der räumlichen Entwicklung Österreichs anreißen, um daraufhin den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und dem Raum aufzuzeigen. Ausgangspunkt ist dabei der Umweltschutz, der sich zur nachhaltigen Entwicklung fortentwickelt hat. Anschließend werden im vierten Teil ökologische und gesellschaftliche Anforderungen an eine nachhaltige Raumentwicklung dargestellt, indem zunächst eine Annäherung von den ökologischen Anforderungen her erfolgt, und zwar einerseits über Ökosysteme und andererseits über die Umweltmedien. Dem folgt die Beschreibung des Wohlstands-

modells einer nachhaltigen Gesellschaft. Diese Elemente werden im Hinblick auf ihre für die Raumentwicklung wichtigen Aspekte untersucht. Damit wird ausgeführt, was von den Autor(inn)en der Studie angekündigt worden ist, nämlich einen „lebensqualitätsorientierten Ansatz“ zu Grunde zu legen, der sich den „ökologischen Leitplanken“ verpflichtet fühlt.

Die sich daraus ergebenden Einschränkungen, sich an dieser Stelle nicht direkt mit den Anforderungen der Wirtschaft zu beschäftigen, sind jedoch nicht zu unterschätzen. Es ist sicherlich legitim und wünschenswert, im Sinne eines menschenzentrierten Weltbildes die Wirtschaft auf Arbeitsstätten und die Bereitstellung von Konsumgütern zu reduzieren; angesichts der Anforderungen, die von der Wirtschaft als gesellschaftlichem Aggregat an die Nachhaltigkeit gestellt werden, erscheint deren Rolle jedoch unterrepräsentiert. Bei den meisten Nachhaltigkeitskonzepten (auch bei dem Leitplankenkonzept) taucht neben der Ökologie und den sozialen Fragen auch die Ökonomie als eigenständige Dimension auf, die mit den anderen Dimensionen in Einklang gebracht werden muss. Dies kommt nicht von ungefähr, denn gerade die wirtschaftlichen Anforderungen sind diejenigen, die den größten Druck auf die Nachhaltigkeit der Raumentwicklung ausüben. Insofern sollte zumindest über die Konsequenzen nachgedacht werden, die sich aus diesem zwar sicherlich ganzheitlich gemeinten, damit aber auch wieder reduzierten Ansatz ergeben. Jenes einführende Kapitel zu den „Problemaspekten der räumlichen Entwicklung Österreichs“ hätte neben dem zentralen Raumbezug auch einen stärkeren Verursacher- oder den Akteursbezug herstellen können.

Lässt man sich auf das neue Wohlstandsmodell einer nachhaltigen Gesellschaft ein, so folgt ein interessanter Überblick über nachhaltige Ausgestaltung der einzelnen Lebensbereiche Wohnen, Arbeit, Freizeit, Konsum, Bildung und Mobilität. Hier drängt sich gerade vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Debatte um die Äußerungen von Peter Sloterdijk zur Gentechnik jedoch die Frage auf, ob nicht die Kultur einen eigenständigen Lebensbereich darstellt, der nicht durch Bildung bereits abgedeckt ist.

Zu den Stärken des Bandes vom Umfang und vom Inhalt her gehört auf jeden Fall der fünfte Teil, der das Konzept der nachhaltigen Raumentwicklung entwickelt und damit das zentrale Element des Bandes darstellt. Auf der Basis des Strukturschichtmodells mit den räumlichen Strukturschichten Siedlungsstruktur, Arbeitsstättenstruktur, Landschaftsstruktur und Infrastruktur entwickelt sich eine umfassende und integrierte Konzeption. Kennntnisreich werden viele Zusammenhänge aufgezeigt und Lösungsansätze vorgestellt, die sich in

der Planungspraxis Gewinn bringend einbauen lassen. Einzig kann die Behandlung der wirtschaftlichen Belange nicht vollständig überzeugen, was m.E. eine Folge des zuvor ausgewählten Ansatzes darstellt. Gerade das auf S. 122 zitierte Aufeinandertreffen von lokalen und globalen Tendenzen weltumspannender Wirtschaftsinteressen in der Region betont deren Stellenwert. Die Konsequenzen für die Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung im Raum bleiben damit etwas unscharf. Aber es wäre ungerecht, dies den Autor(inn)en anzukreiden, denn dieses Thema ist eines der am wenigsten geklärten, da gerade hier, im Bereich der Wirtschaft, der Widerspruch zwischen dem bewusst ge(ö)rdrten Freiheitsanspruch einerseits und den Folgen dieses Anspruchs andererseits am klarsten offen liegt.

Dagegen kann wiederum der letzte Teil weniger überzeugen, der vorsichtig unter dem Titel „Strategische Elemente zur Implementierung einer nachhaltigen Raumentwicklung“ verortet worden ist. Mag die Forderung der inhaltlichen Ausrichtung auf das regionale Entwicklungspotenzial noch Bestand haben, so ist der zweite Teil zu den organisatorischen Rahmenbedingungen von Umsetzungsstrategien zu theoretisch angelegt; hier geht, auch wenn dies wissenschaftlich richtig sein mag, der Bezug zum Thema verloren – wünschte man sich hier doch konkretere Vorschläge und Beispiele, wo das Konzept ansetzt und wie es umzusetzen ist. „Ansetzen“ würde in diesem Sinne bedeuten, aufzuzeigen, wie bisher und in der Zukunft Raumentwicklungspolitik betrieben wird bzw. werden sollte, und „umsetzen“, in welchen Bereichen die neuen Instrumente sinnvoll eingesetzt werden können; denn beispielsweise zwischen Kooperation und Filz verläuft in manchen Fällen nur eine feine Linie.

Damit soll noch einmal der Bezug zum Anspruch des Bandes hergestellt werden: Die Grundlagen für eine integrierte Raum- und Umweltpolitik schaffen – dieser Anspruch wird insofern erfüllt, als systematisch die raumrelevanten Strukturen im Hinblick auf die Nachhaltigkeit abgearbeitet werden und in dieser Hinsicht ein wertvoller Überblick über die Komplexität der gesamten Problematik geliefert wird. Dies ist auch (mit kleinen Ausnahmen) in einer Weise gelungen, die auch ein nichtwissenschaftliches Publikum ansprechen wird. Ob sich der Band darüber hinaus als Anleitung für die Planungspraxis durchsetzen wird, ist zumindest zu bezweifeln. Dazu bleiben die Bereiche Wirtschaft und die Vorschläge zur Umsetzung zu unscharf. Vielleicht hätte dann auch ein größerer Wert auf die Darstellung von Inhalten in Form von Boxen und Übersichten gelegt werden müssen. Wir wissen aber nicht, ob der freundliche Verfasser des Vorwortes in diesem Anspruch auch die Absichten der Autor(inn)en wiedergibt. Insofern lässt

sich abschließend sagen, dass mit dem vorliegenden Band ein interessanter und anwendungsbezogener Beitrag zu den Grundlagen einer integrierten Umwelt- und Raumpolitik geleistet worden ist, der auch außerhalb Österreichs zu Kenntnis genommen werden sollte, zumal die spezifischen, nur auf Österreich bezogenen Aussagen relativ kurz gehalten sind.

Thiemo W. Eser (Trier)

Rat für Migration (RfM) – Wissenschaftliches Referentensystem Migration – Integration – Minderheiten (Hrsg.): Migrationspolitik in Deutschland. Eine Zwischenbilanz. – Osnabrück, Sept. 1999. 45 S.

Der Rat für Migration (RfM) hat neue Gestaltungsanregungen für die Migrations- und Integrationspolitik auf Bundes- und Landesebene vorgelegt und dokumentiert seine Empfehlungen. Die Broschüre des RfM enthält zudem eine kritische Betrachtung der gegenwärtigen Migrationssituation und Migrationspolitik. Zwei weitere Beiträge gelten wichtigen Problemfeldern der aktuellen Diskussion: der „Arbeitsmigration“ und der Bedeutung der Europäischen Union für das Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland.

Die wachsende Aktualität der Probleme von Migration, Integration und Minderheiten, von Multikulturalismus und Ethnizität haben die darauf gerichteten wissenschaftlichen Bemühungen in den letzten Jahren stark forciert. Umso wichtiger ist eine interdisziplinäre Abstimmung auf nationaler Ebene und in internationaler Kooperation.

Der Rat für Migration steht – unter Ausschluss kommerzieller Funktionen und Interessen – für Anfragen aus der Politik, der Justiz, der Verwaltung und dem NGO-Bereich zur Verfügung.

Weitere Informationen sind erhältlich beim:

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
49069 Osnabrück

Tel.: 0541/969-4384

Fax: 0541/969-4380

E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de